



P.P. CH-3003 Bern-Wabern, BFM, OLD

An die Kantonsregierungen

Bern,

Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer als indirekter Gegenvorschlag zur "Ausschaffungsinitiative"

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Der Bundesrat hat am 14. Januar 2009 das EJPD beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Der Eidgenössischen Volksinitiative "für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)" soll ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Er beinhaltet eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG). Der indirekte Gegenvorschlag soll das Anliegen der Initianten aufnehmen, ohne dass ein Widerspruch zu den Grundrechten der Bundesverfassung und zum Völkerrecht entsteht. Die unbefristete und mit keinen Bedingungen verbundene Niederlassungsbewilligung soll generell nur bei einer erfolgreichen Integration erteilt werden und die ausländerrechtlichen Bewilligungen sollen bei erheblichen Straftaten konsequent widerrufen werden.

In der Beilage unterbreiten wir Ihnen den Entwurf für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer mit Erläuterungen zur Stellungnahme. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Ihre schriftliche Stellungnahme reichen Sie bitte **bis zum 15. April 2009** ein, an das Bundesamt für Migration, Stabsbereich Recht, Herrn Dirk Olschewski.

Sie erleichtern den zuständigen Personen die Verarbeitung und Auswertung Ihrer Stellungnahme wesentlich, wenn Sie diese auch per E-Mail an folgende Adresse senden:

Dirk.Olschewski@bfm.admin.ch



Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesrätin

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht
- Liste der Vernehmlassungsadressaten